

FORUM

Gleichheit durch Fortschritt

Thomas Piketty zeigt uns, wie die Ungleichheit wächst. Können wir das Problem mit mehr Innovation lösen? VON SEBASTIAN BUCKUP

Manchmal haucht die neue Deutung wirtschaftlicher Zusammenhänge alten Ideologien wieder Leben ein. Vor zwei Generationen lieferten angebotsorientierte Wirtschaftstheorien konservativen Forderungen nach weniger Staat einen neuen wissenschaftlichen Unterbau – es war die Zeit von Stagnation und Inflation. Niedrige Steuern und geringere Staatsausgaben waren nicht mehr bloß eine politische Vorliebe, sondern wirtschaftliche Notwendigkeit.

Nun leben wir in Zeiten einer nur langsam abklingenden Wirtschaftskrise, auch in Deutschland ist die Verteilungsungleichheit eklatant. In dieser Lage verleiht Thomas Pikettys Buch *Das Kapital im 21. Jahrhundert* einigen eher linken Forderungen ähnlichen Auftrieb. Piketty beeindruckt mit umfassenden Daten zu wachsender Ungleichheit, provoziert mit dem Anspruch, diese über eine simple Formel zu erklären, und polarisiert, indem er extrem hohe Steuern auf Spitzeneinkommen und Vermögen fordert.

Im politischen Schlagabtausch rund um das Buch, das nun auf Deutsch erscheint, gehen die eigentlich brisanten Thesen jedoch unter: Erstens, das Wachstum im 21. Jahrhundert wird nicht an das des vorherigen heranreichen; zweitens, Kapital wird Arbeit dauerhaft an Bedeutung und Einfluss übertreffen; drittens, Kapitaleigner versagen als Innovatoren. Kurz: Piketty bezweifelt, dass technologischer Fortschritt in diesem Jahrhundert das Wachstum antreiben und die Ungleichheit senken wird. Was ist dran an dieser Prognose?

»Produktivität ist nicht alles, aber auf lange Sicht beinahe alles«, erklärt der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman. Wenn Produktivität nicht wächst, kann auf längere Sicht auch die Wirtschaft nicht wachsen. Genau das erwartet Piketty. Er beruft sich dabei auf den Ökonomen Robert Gordon, der anhand historischer Daten behauptet, dass die digitale Revolution Produktivität weniger beeinflusst hat als frühere Technologien wie die Dampfmaschine oder Elektrizität.

Und Thomas Piketty steht nicht allein mit seiner verhaltenen Prognose. Der Harvard-Ökonom Larry Summers sagt der Welt eine »säkulare Stagnation« voraus, der Wachstumsexperte Tyler Cowen befürchtet den »großen Stillstand«, und Mohamed El-Erian, ehemaliger Chef der globalen Investmentfirma Pimco, erkannte nach der Finanzkrise die »neue Normalität« niedrigen Wachstums.

Doch nicht alle stimmen zu. Gerade ist *The Second Machine Age* von Erik Brynjolfsson und Andrew McAfee erschienen. Die beiden Wirtschaftsforscher der Eliteuni MIT bei Boston widersprechen all jenen, die das Ende des Fortschritts kommen sehen. Die digitale Revolution werde die Produktivität grundlegend verändern, so die Autoren. Aber das dauere eine Weile, wie früher auch, als man Jahrzehnte habe warten müssen, bis etwa für die Elektrizität die richtigen Anwendungen und Strukturen entstanden seien. Wir neigen dazu, so sagte einmal Microsoft-Gründer Bill Gates, die kurzfristigen Effekte technologischer Wandels zu überschätzen – und gleichzeitig ihre langfristigen zu unterschätzen.

Pikettys zweite These ist, dass Kapitalerträge dauerhaft schneller wachsen können als die Volks-

wirtschaft, in der sie erwirtschaftet werden. Da Kapital ungleicher verteilt ist als Arbeit, besitzen daher im Ergebnis weniger Menschen immer mehr. Die Zahlen sprechen dafür: In den USA hat sich die Wirtschaftskraft seit den frühen Siebziger verdoppelt, während die Mittelschicht kaum zulegen konnte. In Deutschland ist das mittlere Einkommen seit der Jahrtausendwende sogar leicht gesunken.

Ausgehend von solchen Daten, widerspricht Piketty der Aussage, dass in Wissensgesellschaften die Bedeutung von Arbeit gegenüber Kapital zunähme. Natürlich ist Humankapital wichtig, so der Autor, doch Industrie-, Finanz- und Immobilienkapital werfen mindestens genauso hohe Erträge ab. Der proklamierte Wandel vom Kapitalismus zum »Talentsmus« findet nicht statt.

Was aber, wenn Fortschritt nicht an Schwung verliert? In der Vergangenheit war das klassische Argument, dass Arbeitsplätze, die in dynamischen Volkswirtschaften dem Fortschritt weichen, anderswo durch bessere ersetzt werden. Dieses Gesetz scheint jedoch heute oft nicht mehr zu gelten: Im

tere Bildungsinhalte, Methoden und Zugänge doch in einen Wettstreit eintreten, der dem Einzelnen schadet und gesellschaftliche Entwicklung im Ganzen bremst.

Diese Gefahr ist durchaus real: In den Vereinigten Staaten hinken Kinder von vier bis fünf Jahren, die aus unteren Einkommenschichten kommen, den Kindern reicher Leute um zwei Jahre in der Entwicklung hinterher. Und die Wahrscheinlichkeit, weiterführende Schulen zu besuchen, ist bei Kindern aus wohlhabenden Schichten doppelt so hoch wie bei solchen aus ärmeren. Auch in Deutschland wird hochwertige Bildung immer mehr zu einem Wohlstandsprivileg. Dabei ist klar: Ohne Zugang zu Bildung wird technologischer Fortschritt als Mittel gegen steigende Ungleichheit versagen.

Pikettys letzte und vielleicht schwierigste These legt nahe, dass Kapitalisten als Innovatoren versagen. Sie beanspruchen demnach immer mehr vom Kuchen, ohne den Kuchen zu vergrößern. Dies folgt aus der Prognose niedrigen Wachstums, gepaart mit der Annahme, dass Renditen erzielt werden, indem Arbeit einfach kostengünstig durch Kapital ersetzt wird. Dies setzt freilich voraus, dass der technologische Fortschritt einfach stattfindet, egal, was Unternehmer tun – eine problematische Sichtweise.

Natürlich ist der Ersatz von Arbeit durch bessere und effizientere Maschinen auch eine Art Innovation. Sie unterscheidet sich aber, so der Harvard-Professor Clayton Christensen, von solchen, die mit neuen Produkten und Leistungen langfristig Wachstum und Beschäftigung schaffen. In einer gesunden Volkswirtschaft ergänzen sich beide Arten: Effizienzsteigernde Innovationen setzen Kapital für solche frei, die zukünftiges Wachstum ermöglichen. Heute aber, argumentiert Christensen, sei dieser Kreislauf gestört: Erträge von effizienzsteigernden Innovationen würden in immer mehr Effizienz gesteckt. Geld wird zu Geld, nicht zu Wachstum. Für Ökonomen wie Christensen liegt das Problem daher nicht in der Anhäufung von Kapital, sondern in dessen Verwendung.

Betrachtet man die Lage so, dann kommt man auf andere Lösungen im Kampf gegen die Ungleichheit. Piketty spricht sich für eine höhere Besteuerung von Einkommen und Vermögen um die Nachfrage zu steigern: Eine ausgeglichene Verteilung des Wohlstands würde einen anhaltend höheren Pro-Kopf-Konsum ermöglichen. Christensen hingegen würde längerfristige Investitionen geringer oder gar negativ besteuern, um die richtigen Anreize für Wachstum und Jobs zu setzen.

Am Ende gilt: Nur wenn direkte Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage mit Anreizen für Investitionen in langfristiges Wachstum gepaart werden, kann extreme wirtschaftliche Ungleichheit nachhaltig bekämpft werden. Und nur wenn mutige und neuartige Denksätze wie der von Piketty nicht missbraucht werden, um alte Wettkämpfe politischer Ideologien neu zu entfachen, können sie helfen eine intelligenter und gerechtere Wirtschaftsordnung zu schaffen.



Sebastian Buckup ist Programmdirektor des Weltwirtschaftsforums

STREITFALL

Alle(s) für die Arbeitslosen

Soll Europa eine gemeinsame Versicherung für Menschen ohne Job schaffen? VON PHILIP FAIGLE UND MARK SCHIERITZ

Philip, die Krise ist zurück. Die Wirtschaft in Europa verliert an Fahrt, und selbst in Deutschland droht eine Rezession. Die Europäische Zentralbank hat mit ihren Hilfsmaßnahmen die Finanzmärkte beruhigt – sie hat es aber nicht geschafft, wieder für Wachstum zu sorgen. Das hat auch damit zu tun, dass es immer noch nicht gelungen ist, die Euro-Zone wirklich krisenfest zu machen. Dabei gäbe es einen Vorschlag, der genau das leisten könnte: eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung.

Bislang kommt jedes Land selbst für seine Arbeitslosen auf – und das bedeutet: Im Fall einer schweren Krise geraten einige Mitgliedsstaaten sehr schnell an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Sie müssen dann entweder die Bezüge kürzen oder die Beiträge anheben. Beides bremst die Konjunktur, weil die Menschen weniger Geld ausgeben können, und führt somit dazu, dass sich die Krise verschärft.

Würde die Arbeitslosenunterstützung aus einer Gemeinschaftskasse bezahlt, dann würde in einer Krise auch Beitragsgeld aus den wirtschaftlich gesunden Staaten in die betroffenen Länder fließen. Diese müssten dann nicht so stark kürzen und könnten die Rezession schneller überwinden. Zugleich würde in den Boomländern die Konjunktur gedämpft, was die Gefahr einer Überhitzung der Wirtschaft verringert.

Das mag wie ein neuerlicher Versuch klingen, den Deutschen Geld aus der Tasche zu ziehen, es löst aber ein Grundproblem der Euro-Zone: Als es noch nationale Währungen gab, konnten die Staaten in der Abwertung die Währung abwerten, um den Export zu erleichtern. Heute ist das nicht mehr möglich – und zugleich begrenzen die Budgetregeln die Möglichkeit, die Wirtschaft durch schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme zu stützen.

An diesem Punkt setzt die gemeinsame Arbeitslosenversicherung an. Sie würde dafür sorgen, dass das Geld dorthin fließt, wo es gebraucht wird. Von einem solchen Ausgleichsmechanismus würden früher oder später auch die Deutschen profitieren. Im Moment läuft es im Norden gut und im Süden schlecht. Aber das muss nicht so bleiben. Es ist noch nicht so lange her, dass Deutschland in der Krise steckte, während Italien und Spanien die Wirtschaft boomte. Damals hätte die Bundesrepublik die eine oder andere Milliarde aus dem Ausland gut gebrauchen können.

Bislang verfügt die Währungsunion über kein gemeinsames Budget. Das ist ihre Schwachstelle. Die Versicherung wäre ein Schritt in diese Richtung – zumal sie auch in die Lage versetzt werden müsste, Kredite aufzunehmen, weil sonst in einer Krise, die viele Länder betrifft, nicht genug Geld in der Kasse ist. Doch weil die Mittel zweckgebunden sind, ist die Gefahr der Misswirtschaft geringer als bei einer vollständigen Vergemeinschaftung des Schuldenwesens. Kein Land wird seine Bürger in die Arbeitslosigkeit schicken, nur um Prämien abzukassieren.

Gewiss, im Detail wird die Sache kompliziert. Wie sollen die Europäer mit der Tatsache umgehen, dass sich die Höhe der Arbeitslosenhilfe von Land zu Land unterscheidet? Und wie kann man sicherstellen, dass die Kosten nicht auf einige wenige Länder abgewälzt werden? Aber diese Probleme lassen sich lösen, zum Beispiel, indem aus der europäischen Kasse nur eine Grundsicherung bezahlt wird, die die Länder dann aufstocken müssen. **Dein Mark**

Mark, warum ausgerechnet die alte Idee einer europäischen Arbeitslosenversicherung Europa retten soll, will mir nicht einleuchten. Mir scheint es dabei letztlich um eine neue Brüsseler Geldverteilungsmaschine zu gehen – und noch dazu um eine, die gut funktionierende, besser demokratisch legitimierte Transfersysteme ersetzen würde.

Es hilft vielleicht, sich daran zu erinnern, dass kaum ein Thema kontroverser ist als der Umgang mit den Arbeitslosen. In Deutschland ist erst vor wenigen Jahren die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder gestürzt, nachdem sie die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes im Rahmen der Agenda 2010 verkürzt hat. Es gibt Staaten mit großzügigen Unterstützungsleistungen und solche mit knauserigen – aber allen ist gemeinsam, dass es sich um die Folge eines demokratischen Prozesses handelt, der die Eigenarten des jeweiligen Arbeitsmarktes berücksichtigt. Man braucht schon gute Gründe, um diese Regeln durch eine einheitliche Vorschrift zu ersetzen, und vermutlich müssten auch die europäischen Verträge geändert werden.

Diese Gründe kann ich nicht erkennen. Du schreibst, dass die Gemeinschaftskasse das Geld dorthin lenkte, wo die Konjunktur schwächelt. Das würde voraussetzen, dass die Zahl der Transferempfänger in einem Land immer mit der Konjunktur zu tun haben muss. So ist es aber offensichtlich nicht. Frankreich hatte schon vor der Krise verhältnismäßig viele Arbeitslose, weil am dortigen Arbeitsmarkt besonders schlechte neue Jobs entstehen. Das Land braucht eher Arbeitsmarktreformen als mehr Geld – und würde doch aus einer gemeinsamen Versicherung Milliarden erhalten.

Hinzu kommt, dass die Einheitsversicherung vermutlich gar nicht genug Mittel hätte, um einzelne Länder in Rezessionszeiten aufzufangen und damit als Krisenpuffer zu wirken.

Nach den jetzigen Plänen hätte die Versicherung ein Budget von einem Prozent der Wirtschaftsleistung der Euro-Zone – es ist also mehr als fraglich, ob Dein Ausgleichsmechanismus überhaupt spürbar würde. Würde ein Land wirklich in eine schwere Rezession rutschen, wäre es daher auch weiterhin nötig, auf nationaler Ebene Gegenmaßnahmen zu ergreifen und klassische Investitionsprogramme aufzulegen. Das wirft aber die Frage auf, wozu der ganze Aufwand überhaupt gut sein soll.

Außerdem: Selbst wenn es gelingen würde, die Gemeinschaftskasse zu etablieren, blieben ungelöste Probleme. Wie soll man etwa einem Arbeitnehmer in Berlin erklären, dass er fortan zwar für Arbeitslose in Paris und Mailand zahlen soll, zugleich aber keinerlei Einfluss auf die Arbeitsmarktpolitik in diesen Ländern hat? Was will man den Rechtspopulisten entgegenen, die zu Recht anmerken würden, Europa habe nun offiziell eine »Transferunion«? Und wie lässt sich verhindern, dass veränderungsmüde Länder wie Frankreich oder Italien die Hilfen aus dem Ausland verwenden, um notwendige Arbeitsmarktreformen aufzuschieben? Das alles sind fundamentale Fragen, und bisher haben Befürworter wie Du darauf keine überzeugenden Antworten.

Es stimmt schon: Europas Krisenpolitik stößt derzeit an ihre Grenzen. Es ist aber sinnvoller, sich auf diejenigen Dinge zu konzentrieren, die Europa voranbringen. Die Arbeitslosenversicherung zählt eher nicht dazu. **Dein Philip**



Die oben haben fast alles

Jahr 1960 war der größte Arbeitgeber der USA, General Motors, zugleich der am besten zahlende; heute sind gering zahlende Einzelhandels- und Fast-Food-Ketten die Hauptarbeitgeber. Auch in Deutschland wachse der Niedriglohnsektor stark, so die Industrieländerorganisation OECD. Kein Wunder, die digitale Revolution polarisiert den Arbeitsmarkt, sagen weitere MIT-Forscher: Die Nachfrage nach körperlichen wie auch nach geistigen Routineaufgaben sinkt demnach, während die nicht routinisierten Aufgaben am oberen wie am unteren Ende der Einkommensverteilung gefragt denn je sind.

Brynjolfsson und McAfee argumentieren, dass wir lernen müssten, uns auf die Maschinen einzulassen, statt mit ihnen zu konkurrieren, mit den weiteren Polarisierung entgegenzuwirken. Mit den richtigen Fähigkeiten und Kompetenzen, so ihre Vision, könnten Mensch und Maschine dann Ergebnisse erzeugen, die keine Seite allein zustande brächte. Anders gesagt: Auch wenn der Wandel vom Kapitalismus zum »Talentsmus« nicht stattfindet, so werden Mensch und Maschine ohne bes-

aus, um die Nachfrage zu steigern: Eine ausgeglichene Verteilung des Wohlstands würde einen anhaltend höheren Pro-Kopf-Konsum ermöglichen. Christensen hingegen würde längerfristige Investitionen geringer oder gar negativ besteuern, um die richtigen Anreize für Wachstum und Jobs zu setzen.

Am Ende gilt: Nur wenn direkte Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage mit Anreizen für Investitionen in langfristiges Wachstum gepaart werden, kann extreme wirtschaftliche Ungleichheit nachhaltig bekämpft werden. Und nur wenn mutige und neuartige Denksätze wie der von Piketty nicht missbraucht werden, um alte Wettkämpfe politischer Ideologien neu zu entfachen, können sie helfen eine intelligenter und gerechtere Wirtschaftsordnung zu schaffen.

ANZEIGE

ZEIT KONFERENZ

www.deutscheswirtschaftsforum.de

DEUTSCHES WIRTSCHAFTSFORUM

5. Dezember 2014
Paulskirche · Frankfurt am Main

Das Deutsche Wirtschaftsforum führt einmal jährlich die erste Führungsebene aus Wirtschaft und Politik in der Frankfurter Paulskirche zusammen, um über die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu diskutieren. An der Veranstaltung nehmen jedes Jahr über 600 Entscheidungsträger teil. Das detaillierte Programm und die Teilnahmebedingungen sind unter www.deutscheswirtschaftsforum.de einsehbar.

Veranstalter: Convent Gesellschaft für Kongresse und Veranstaltungsmanagement mbH
Senckenberganlage 10-12 · 60325 Frankfurt am Main
Kontakt: Anne Hofmann · Tel. 069/79409581 · ah@convent.de

Premium-Partner: Co-Sponsoren:

Eine Veranstaltung von:

Referenten (Auszug)

 Achim Berg Vorsitzender des Vorstands, arvato AG	 Roland Boekhout Vorsitzender des Vorstands, ING-DiBa AG	 Volker Bouffier Ministerpräsident des Landes Hessen	 Dr. Reto Francioni Vorsitzender des Vorstands, Deutsche Börse AG	 Dr. Rüdiger Grube Vorsitzender des Vorstands, Deutsche Bahn AG	 Philipp Justus Managing Director, Google Deutschland
 Prof. Dr. Mathias Müller Präsident, IHK Frankfurt am Main; Mitglied des Vorstands, DIHK e. V.	 Dr. Wolfgang Schäuble Bundesminister der Finanzen	 Michael Schmidt Vorsitzender des Vorstands, BP Europa SE	 Peter Thiel Investor, U.S.A. (Partner, Founders Fund)	 Dr. Jens Weidmann Präsident, Deutsche Bundesbank	 Alexander Würfel Sprecher der Geschäftsführung, AbbVie Deutschland GmbH & Co. KG